

Der Lehrplan 21 ist gereift

Von Martin Rüegg

Im November haben die 21 Bildungsdirektoren der Deutschschweiz den überarbeiteten Lehrplan 21 mit 19 Ja-Stimmen bei zwei Enthaltungen verabschiedet. Die Vorgaben, den Umfang um 20 Prozent zu kürzen, die Anforderungen zu senken und dem Wissen mehr Raum zu geben, wurden umgesetzt. Neben Bildungsexperten haben auch rund 50 Lehrpersonen an der dritten Version mitgewirkt. Nicht zuletzt aus diesem Grund begrüsst der Dachverband der Lehrerinnen und Lehrer LCH das Ergebnis ausdrücklich.

Der Lehrplan 21 ist kein Gesetz, das buchstabengetreu umgesetzt werden muss. Er dient als Kompass und beschreibt die Ziele, die nach dem Kindergarten und den ersten zwei Primarschuljahren, nach der 6. Klasse sowie am Ende der obligatorischen Schulzeit in allen 21 Kantonen erreicht werden. Dabei stehen erworbene Kompetenzen im Zentrum. Darunter wird die Fähigkeit verstanden, das erworbene Wissen anzuwenden. Nicht sinnentleertes Auswendiglernen ist also gefragt, sondern praxistaugliches Wissen. An den Gymnasien und in der Berufsbildung wird schon seit Jahren mit Erfolg so gearbeitet. Die Lehrfreiheit der Lehrpersonen

bleibt gewährleistet. Nun entscheiden die Kantone darüber, wann der Lehrplan 21 eingeführt wird, wie die Ziele im Einzelnen erreicht werden und welche Aus- und Weiterbildung die Lehrpersonen benötigen.

So auch das Baselbiet. Der Regierungsrat zeigt sich erfreut über die korrigierte Fassung, denn sieben seiner neun Forderungen sind erfüllt worden. In unserem Kanton ist aber nicht er, sondern der Bildungsrat für die Umsetzung zuständig. In ihm sind alle grossen Parteien, die Wirtschaft, die Lehrpersonen und die Landeskirchen vertreten. Er hat Ende November die Einführung mit den zwei noch fehlenden Ergänzungen beschlossen: So sind beim Übergang vom Kindergarten in die Primarschule weitere Anpassungen vorzunehmen und in der Sekundarstufe I die Ziele für jedes Schuljahr in den Niveaus A, E und P entsprechend zu differenzieren. In der Primarschule, wo die Lehrmittel in den meisten Fächern schon vorhanden sind, tritt der Lehrplan 21 im Schuljahr 2015/2016 in Kraft. Für die Sekundarstufe I wird dies zwei Jahre später als ursprünglich angedacht 2018 der Fall sein. Damit schafft der Bildungsrat für alle Beteiligten Planungssicherheit, was vor allem von den Schulleitungen begrüsst wor-

den ist. Dass der Bildungsrat und nicht der Landrat für die Lehrpläne zuständig ist, macht aus meiner Sicht Sinn. Ich kann mir nicht vorstellen, dass 90 Politiker zum Beispiel darüber diskutieren, ob den Schülern Begriffe wie «Agglomeration, Verstädterung, Landflucht, Push-Pull-Faktoren und Segregation» im Rahmen der Stadtgeografie zugemutet werden können. Bleibt noch die Kritik an den sogenannten Sammelfächern. Hier hat Bildungsdirektor Urs Wüthrich entschieden, dass die betroffenen Fächer (z. B. Geschichte und Geografie) vorläufig weiterhin getrennt unterrichtet werden. Ungelöst bleibt vorderhand die Frage der Fremdsprachen. Hier hat der Bund das Heft in die Hand genommen und die Kantone angewiesen, eine Lösung zu finden, die der Staatspolitik (Landessprache zuerst) und den Harmonisierungsbestrebungen Rechnung trägt.

Fazit: Der Lehrplan 21 stellt nicht alles auf den Kopf. Er ist nicht gescheitert, sondern gereift, auch wenn noch nicht alle Probleme gelöst sind. Er bildet ein wichtiges Mosaiksteinchen in der von einem Grossteil der Bevölkerung gewünschten Bildungsharmonisierung.

Martin Rüegg ist Gymnasiallehrer und Landrat (SP). Bis 2013 präsidierte er die SP BL.